USA heben Einreisestopp für geimpfte Europäer auf, Sixt-Aktie boomt, Weniger als 2000 Euro im Monat

USA heben Einreisestopp für geimpfte Europäer auf

sollen Geimpfte aus der Europäischen Union und Großbritannien wieder in die USA einreisen können. Das Weiße Haus gab die Lockerungen am vergangenen Montag (20.09.2021) bekannt. Der Schritt soll ab November greifen. In Zukunft müssen US-Reisende vor dem Flug einen Impfnachweis sowie einen negativen Coronatest vorlegen, der nicht älter als drei Tage sein darf, sagte Corona-Koordinator des Weißen Hauses Jeff Zudem sollen die Testregeln für ungeimpfte amerikanische Staatsbürger verschärft werden. Sie müssen innerhalb eines Tages vor ihrer Rückkehr in die USA sowie nach ihrer Ankunft zu Hause getestet werden. Vollständig geimpfte Passagiere müssen nicht unter Quarantäne gestellt werden, sagte Zients. Die Aussicht auf ein Ende des Einreisestopps trieb den Kurs der Lufthansa-Aktie nach oben. Auch andere Fluglinien waren gefragt. (Spiegel Online)

Sixt-Aktie boomt

Am Montagnachmittag (21.09.2021) hat die Aktie von Sixt auf eine höhere Prognose des Autovermieters reagiert. Bereits am Freitag (17.09.2021) waren die Anteile nach einer positiven Studie von Warburg Research über die 100-Tage-Linie für den längerfristigen Trend gesprungen. Mit dem aktuellen Kursplus setzen sie sich von dieser Linie weiter nach oben ab. Der Autoverleiher wird dank eines überraschend guten Feriengeschäfts in Europa und den USA für 2021 deutlich optimistischer. Der operative Konzernumsatz dürfte im

laufenden Jahr 2,0 bis 2,2 Milliarden Euro erreichen, so das Unternehmen. Bisher hatte der Vorstand 1,95 bis 2,1 Milliarden Euro erwartet. Der Gewinn vor Steuern soll mit 300 bis 330 Millionen Euro die bisherige Prognose von 190 bis 220 Millionen deutlich übertreffen. (Manager Magazin)

Weniger als 2000 Euro im Monat

In Deutschland verdienen mehr als 2,5 Millionen Menschen weniger als 2000 Euro brutto im Monat. Rund jeder achte Vollzeitbeschäftigte ist davon betroffen, in Ostdeutschland sogar fast jeder fünfte, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervorgeht, die der Deutschen Presse-Agentur in Berlin vorliegt. Insgesamt verfügten Ende 2020 in Deutschland 2.545.000 sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nur über ein Entgelt von weniger als 2000 Euro im Monat. In Westdeutschland waren 1.838.000, also zehn Prozent. Ostdeutschland kamen 707.000 -18 Prozent Vollzeitbeschäftigten - nicht über diese Gehaltsschwelle. (Berliner Zeitung)